

Eröffnung des Gemeinderates am 5. November 2025

Josef Johann Schmitz – SPD – Ratsmitglied in Inden seit 23. Mai 1975

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pfennings,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,

zunächst begrüße ich Sie alle sehr herzlich zur ersten Sitzung des neugewählten Gemeinderates der Gemeinde Inden. Meine besten Grüße gehen an die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde. Ich begrüße die anwesenden Zuschauer und heiße auch die Vertreterin der Medien - **Frau Dias** - herzlich willkommen. Die Medien werden nicht nur über den heutigen Start in die neue Wahlperiode berichten, sondern auch über unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren.

Meine Damen und Herren,

warum eröffne ich die heutige Sitzung? Es gibt Aufgaben im politischen Leben, die dem Einzelnen zufallen, ohne dafür vom Wohlwollen anderer abhängig zu sein oder gar Fraktionsbeschlüssen folgen zu müssen.

Nach der ab 1. November 2025 geltenden Neufassung der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt die Vereidigung und Amtseinführung des gewählten Bürgermeisters durch das Mitglied, das dem Rat am längsten ununterbrochen angehört.

Durch die Gemeindeverwaltung wurde ich darauf hingewiesen, dass mir die Aufgabe zufällt, die erste Sitzung zu eröffnen sowie den Bürgermeister der Gemeinde Inden in sein Amt einzuführen und zu vereidigen, da ich **seit dem 23. Mai 1975** ununterbrochen dem Gemeinderat der Gemeinde Inden angehöre. Vielleicht sollten wir dies auch noch formal feststellen in dem ich jetzt hier die Frage stelle.

Befindet sich unter den anwesenden Ratsmitgliedern jemand, der länger dem Gemeinderat Inden angehört?

Das ist nicht der Fall, daher trifft es also tatsächlich zu, dass ich die Sitzungsleitung zu den ersten beiden Tagesordnungspunkten Begrüßung und Eröffnung der Sitzung sowie Amtseinführung des Bürgermeisters habe. In meiner mehr als 50-jährigen Zugehörigkeit zum Gemeinderat habe ich unterschiedliche Funktionen wahrgenommen, dazu gehörte aber bisher nicht die Sitzungsleitung in der ersten Ratssitzung nach der

Kommunalwahl, die ich heute gerne übernehme, aber auch die Gelegenheit für weitere Ausführungen grundsätzlicher Art meinerseits nutzen werde.

Ich eröffne nun die 1. Sitzung des neuen Rates der Gemeinde Inden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich gratuliere ihnen zu ihrer Wahl. Ein Blick in die Runde zeigt einen hohen Grad an Kontinuität.

Bisherige – teilweise sehr - langjährige Mitglieder des Gemeinderates gehören dem Rat nicht mehr an. Ausgeschieden sind

von der UDB Fraktion Frau Ingrid Bellen, Herr Heinz Bellen und Herr Hermann-Josef Schmitz

von der CDU Fraktion Frau Elisa Henschenmacher und Herr Matthias Hahn

von der SPD Fraktion die Herren Rudi Görke, Jörg Lakeberg und Dieter Müller,

von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Herren Alfred Rubeling und Dirk Urban

Ich darf sicherlich auch in ihrem Namen diesen ausgeschiedenen Mitgliedern für jahrelange - teilweise auch mehrere jahrzehntelange - geleistete politische Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Inden ganz recht herzlich danken. Für diese ehrenamtliche Arbeit haben sie ihre Freizeit zur Verfügung gestellt. Dies wird sicherlich an anderer Stelle noch besonders wertschätzend gewürdigt werden. Mein Dank gilt auch den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, den Ortsbürgermeistern, der bzw. den Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Fachausschüsse.

Wir haben im neuen Gemeinderat erstmalig fünf Fraktionen. Die Zusammensetzung der Fraktionen nach Frauen und Männer ergibt folgendes Bild:

UDB neun Mitglieder, davon eine Frau und acht Männer

CDU acht Mitglieder, davon drei Frauen und fünf Männer

SPD vier Mitglieder, davon zwei Frauen und zwei Männer

AFD drei Mitglieder, alles Männer

Bündnis 90/Die Grünen zwei Mitglieder, alles Frauen

Insgesamt besteht der Rat (ohne Bürgermeister) aus 26 Mitgliedern, davon 8 Frauen und 18 Männer. Eine paritätische Besetzung haben wir also nicht erreicht.

Ein Blick in die Runde zeigt neben bekannten auch neue Gesichter, die hoffentlich unsere zukünftige Arbeit mit neuen Ideen und Anregungen bereichern werden, damit unsere Gemeinde Inden weiterhin zukünftig lebenswert bleibt. Gemeinsam werden wir uns in den nächsten fünf Jahren mit sehr großen Herausforderungen auseinanderzusetzen haben oder anders ausgedrückt: „Die Lage war selten so ernst – das gilt auf globaler, wie auch auf lokaler Ebene -“. Nun aber zunächst noch ein kurzer Rückblick auf die zu Ende gegangene Wahlzeit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die globalen Verwerfungen – die wir alle kennen - sind die Zeiten wirklich sehr schwierig und deutlich unsicherer geworden. Einige Aspekte will ich hier anführen.

Aus Anlass des am 22. Februar 2022 von Russland völkerrechtswidrig begonnenen - menschenverachtenden - Angriffskrieges gegen die Ukraine hat der Deutsche Bundestag am Sonntag, den 27. Februar 2022, eine Sondersitzung durchgeführt. Der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat in seiner Regierungserklärung u.a. ausgeführt: „Wir erleben eine Zeitenwende. Das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“

Wir alle haben die Entwicklungen im Nahen Osten miterleben müssen, genauso wie die Energie- und Klimakrise, die Regierungskrisen u. a. in Frankreich und den Niederlanden und seit Jahresbeginn einen demokratisch gewählten - aber unberechenbaren - Präsidenten in den USA, der dort scheinbar die am 4. März 1789 in Kraft getretene Verfassung mit den formulierten Demokratischen Grundsätzen für sich persönlich außer Kraft setzt und wie ein Autokrat handelt.

Probleme in der Wirtschaft internationalen Ausmaßes - Zölle des amerikanischen Präsidenten Trump gegen fast alle Länder – haben die Weltwirtschaft erfasst und stürzen diese immer mehr in Turbulenzen mit fatalen Auswirkungen nicht nur auf unsere Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe, sondern bringen auch die Bürgerinnen und Bürger in Schwierigkeiten, z.B. wenn man auf die Entwicklungen der Preise für

Dinge des täglichen Lebens schaut sowie die Energiekostenentwicklung, die Aus- bzw. Nachwirkungen von Covid 19 oder der Flut aus dem Jahre 2021.

Nach diesem Blick auf die globalen Herausforderungen möchte ich nun auf unsere Situation eingehen. Natürlich betreffen uns diese Entwicklungen auch hier in Inden.

Die Gemeinde konnte für 2024 und 2025 keinen Haushalt beschließen. Seit Anfang 2024 befinden wir uns daher in der vorläufigen Haushaltsführung. Die Gemeinde darf nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die u.a. für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Neue Projekte, freiwillige Leistungen und Investitionen, die das Leben in Inden verbessern könnten, dürfen aktuell nicht begonnen werden.

Desaströse Finanzlage in Inden, aber nicht nur hier, sondern landesweit.

Zum 31.12.2024 belaufen sich die Kredite auf insgesamt **46,7 Millionen Euro**, davon **26,8 Millionen Euro Liquiditätskredite**. In der Bilanz 2023 wurde erstmals ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 703.000,00 Euro festgestellt – ein unübersehbares und sehr deutliches Zeichen für die eingetretene Überschuldung.

Daraus folgt: Unsere erste Aufgabe ist die Konsolidierung der Finanzen, bevor es daran geht, neue Projekte oder Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Alle in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen müssen vom neugewählten Gemeinderat wegen der desaströsen Finanzlage überdacht und gegebenenfalls korrigiert werden, **wo es noch möglich ist**. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben ein Anrecht darauf, dass die Gemeinde spart - also die Ausgaben verringert - und **falls** unumgänglich Einnahmen verbessert. Kalkulationen im Haushalt auf der Basis „Wünsch dir was“ kann und darf es nicht geben. Jeder Euro, den wir heute über Kredite finanzieren ist ein Euro, den unsere Kinder zurückzahlen müssen. Es muss gelten: **Mit öffentlichen Mitteln muss sorgfältig und transparent umgegangen werden**. Jeder Euro, der verplant wird, stammt von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde. Ihnen gegenüber sind wir alle verpflichtet, effizient, sparsam und ehrlich zu wirtschaften.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Jahrhundertaufgabe Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlenrevier

Ein großes Thema bleibt der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlenrevier. Inden ist als Anrainerkommune besonders betroffen.

Die Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Strukturwandel werden uns zukünftig – wie auch in der Vergangenheit - weiterhin intensiv beschäftigen, weil es sich um eine **Jahrhundertaufgabe** handelt. Der betroffene Raum braucht verlässliche Planungssicherheit, verbindliche finanzielle Sicherheit, Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen.

Für uns als hauptbetroffene Anrainerkommune bedeutet das auf allen Ebenen Aktivitäten im Rheinischen Braunkohlenrevier mitzugestalten, um auch zukünftigen Generationen die Wohlfähigkeit zu sichern.

Selbst geförderte Projekte/Maßnahmen im Rahmen des Strukturwandels bedeuten neben einem „geringen“ prozentualen Eigenanteil an den gesamten Investitionskosten dauerhafte finanzielle Belastungen für unsere Gemeinde – etwa Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten oder Personaleinsatz, die aber keinesfalls gefördert werden. In einem „Brandbrief“ an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.05.2024 ist angegeben, dass nach derzeitigen Schätzungen mit Gesamtkosten für einen funktionierenden See von mehr als 400 Millionen Euro auszugehen ist. Selbst bei einer 90-prozentigen Förderung aus Strukturförderungsmitteln verbleiben Eigenanteile von mehr als 40 Millionen Euro. Die Eigenanteile, die unsere Gemeinde tragen müsste, sind derzeit und auch zukünftig nicht realistisch zu stemmen.

Der **Rahmenplan Indesee 2.0** - Endzustand und Zwischennutzung aus September 2024 - ist der Zukunftsplan für den Tagebau Inden und die Grundlage aller weiteren Aktivitäten. Dieser Rahmenplan ist eine informelle planungsrechtlich nicht bindende Planung, in der die Vorstellungen der Anrainerkommunen zur Zwischen- und Folgennutzung abgebildet sind. Die langfristige dauerhafte Finanzierung der Projekte aus dem Rahmenplan Indesee 2.0 stellt ein erhebliches Risiko dar und muss schnellstens rechtssicher verbindlich durch Verträge zwischen den

regionalen Akteuren, dem Bergbautreibenden und dem Land NRW geklärt werden.

Bund und Land unterstützen den Strukturwandel des Rheinischen Reviers mit 14,8 Milliarden Euro. Bislang sind 382 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 2,6 Milliarden Euro bewilligt (Pressemitteilung Ministerin Neubaur vom 22.08.2025). Kosten für Projekte werden aber nur bis 2038 bewilligt, wobei schon jetzt absehbar ist, dass viele Projekte erst nach dieser Zeit realisiert werden können. Es gibt Leitentscheidungen der NRW-Landesregierung von 2021 und 2023, die zu beachten sind ebenso wie der Reviervertrag 2.0 vom 30. Mai 2023. Die Problemstellung der langfristigen rechtssicheren verbindlichen Finanzierung aller Kosten im Zusammenhang mit dem Rahmenplan Indesee 2.0 gilt es unverzüglich in den nächsten Wochen und Monaten mit allen Beteiligten zu regeln, bevor scheinbar einzelne Projekte überlegt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Sparsamkeit und eine eiserne Haushaltsdisziplin sind unerlässlich.

Die finanzpolitische Vernunft muss in der vor uns liegenden Zeit weiterhin oberste Priorität haben. Gilt es doch für uns als „kleine“ Gemeinde weiterhin einen verantwortbaren Haushalt aufzustellen. Nach wie vor gilt weiterhin die seit Jahren immer wieder von allen Kommunen gemachte Aussage, dass die Kommunalpolitik vor Ort allein nicht in der Lage ist, eine positive Entwicklung der Finanzlage herbeizuführen.

Städte und Gemeinden sind nach wie vor die Packesel der Nation.

Dies muss nun unbedingt ein Ende haben! Das Land und der Bund müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und das Konnexitätsprinzip konsequent anwenden:

Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen! Und zwar immer 100 Prozent aller entstehenden Aufwendungen!

Hierzu zitiere ich aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des NRW Städte- und Gemeindebundes sowie des NRW Städtetages vom 27. Oktober 2025:

„Wir können es nicht mehr anders sagen: Die Finanzlage der Städte und Gemeinden in NRW ist katastrophal. Und zwar flächendeckend. Fast keine Stadt oder Gemeinde konnte für dieses Jahr noch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Haushaltsdefizite sind das ,neue

Normal'. Eine Trendwende ist definitiv nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die Aufnahme von Kassenkrediten steigt wieder – und damit unterm Strich auch der Schuldenstand. All unsere Anstrengungen der letzten Jahre, unsere Haushalte zu konsolidieren, werden gerade von steigenden Ausgaben wieder zunichte gemacht. Bund und Land müssen jetzt statt kleinen Stellschrauben die großen Räder drehen und die Kommunen dauerhaft finanziell besser ausstatten“ erklärten die beiden Vorsitzenden.

Die Städte und Gemeinden sind weiterhin chronisch unterfinanziert. Ihre Ausgaben steigen seit Jahren deutlich stärker als ihre Einnahmen. Auf die steigenden Ausgaben haben die Kommunen dabei aber praktisch keinen Einfluss. „Ein kleiner Lichtblick sind die Altschuldenlösung des Landes und das Sondervermögen für Infrastruktur des Bundes. Beides ist wichtig, wird unsere Finanzlage aber nicht dauerhaft verbessern. Auch die nun vom Land verkündete Verteilung der Mittel des Bundes aus dem Sondervermögen kann unseren Investitionsstau bei Weitem nicht beheben. Und die Altschuldenlösung wird uns zwar von einem Teil unserer Schuldenlast befreien. Wenn sich aber grundsätzlich nichts an der Lastenverteilung ändert, würden wir selbst bei einem kompletten Schuldenschnitt gleich im nächsten Jahr wieder Kassenkredite aufnehmen müssen“, so die Vorsitzenden Eiskirch und Landscheidt.

Damit wird die katastrophale Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen mehr als deutlich. Wir müssen darauf achten, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht unter die Räder kommt. Unser Ziel muss bleiben, hier im Gemeinderat im Rahmen der grundgesetzlich und landesverfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung weiterhin Entscheidungen eigenverantwortlich und unabhängig im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu treffen.

Zum Schluss meiner Ausführungen sei mir gestattet zwei Bemerkungen zu machen, die ich Ihnen werte Kolleginnen und Kollegen, für den Start nicht vorenthalten möchte:

Vor langen Jahren gab es einen Herrn, er hieß Luzius Anneas Seneca, von ihm stammen Lebensweisheiten, die auch heute noch ihre Gültigkeit haben. So äußerte er sich einmal:

„Eine der größten Einnahmequellen ist die Sparsamkeit.“

Und die Altkanzlerin erinnerte an die schwäbische Hausfrau mit den Worten:

„Auf die Dauer kann keiner über seine Verhältnisse leben.“

Beides bleibt zeitlos gültig – auch für unsere zukünftige Arbeit hier im Gemeinderat. Wir befinden uns in schwierigem Fahrwasser auf allen Ebenen. Lassen sie uns gemeinsam Wege finden, die auf demokratischen Entscheidungen basieren und tragfähige Lösungen für die Zukunft schaffen. Dabei ist mir klar, dass man es nicht allen gerecht machen kann, wohl aber den meisten.

Eine vernünftige verantwortbare Politik basiert immer auf gesicherten Erkenntnissen. Es geht dabei nicht darum, wer sich profiliert, sondern darum, dass wir unsere Gemeinde Inden voranbringen und für die Menschen etwas Gutes erreichen.

Also starten wir heute damit.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem „herzlichen Glückauf“ danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich darf nun den wiedergewählten Bürgermeister – Herrn Stefan Pfennings – bitten, den Amtseid abzulegen.

Damit ist meine Aufgabe zur Amtseinführung des Bürgermeisters beendet und ich übergebe nun die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister Stefan Pfennings.